

Niederschrift

über die 28. Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien
am Mittwoch, 04.06.2008, 17:00 Uhr,
Raum 2/1, Stadthaus 2 (11. Etage), Ludgeriplatz 4, 48151 Münster.

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Dr. Veit Christoph Baecker, Meik Bolte, Carmen Greefrath bis 21:50 Uhr (TOP 16),
Josef Rickfelder

von der SPD-Fraktion

Maria Anna Hakenes, Adrian Hergt, Marianne Hopmann

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Jutta Möllers, Karl-Heinz Neubert bis 21:20 Uhr (TOP 15)

von den Trägern der freien Jugendhilfe

Felix Braun in Vertretung von Frau Lebkücher, Stephan Degen, Prof. Dr. Martin Heidrich,
André Saphörster, Wilfried Stein, Hendrik Werbick in Vertretung von Herrn Messing

beratende Mitglieder

Frank Beckmann von 17:20 Uhr (TOP 5) bis 20:40 Uhr (TOP 14), Gerda Benien ab 17:10 Uhr
(TOP 3), Stephan Bommers in Vertretung von Herrn Schönfelder, Klaus Fröse bis 19:40 Uhr
(TOP 13), Dr. Andrea Hanke, Beate Heeg ab 17:30 Uhr (TOP 5), Lisa Hester, Ismet Keles in
Vertretung von Herrn Marinos bis 19:30 Uhr (TOP 10), Ute Kuchenbecker bis 19:25 Uhr
(TOP 10), Gabriele Markerth bis 19:00 Uhr (TOP 7), Ingeborg Menke bis 19:30 Uhr (TOP 10),
Dr. Karin Obst bis 19:45 Uhr (TOP 13), Markus Piotti in Vertretung von Frau Dr. Obst ab
19:45 Uhr (TOP 13), Anna Pohl, Ulrich Schindler, Henning Schneiderei in Vertretung von
Herrn Manglus von 17:15 Uhr (TOP 5) bis 18:15 Uhr (TOP 6), Lutz Selig, Marike Storck-
Wildoer, Rita Tücking bis 21:20 Uhr (TOP 15), Dietmar Wiese bis 20:15 Uhr (TOP 14),
Dirk Zeuner bis 19:55 Uhr (TOP 13)

Sachverständige

Janina Austermann vom Jugendrat der Stadt Münster, Andrea Meschede vom Institut für
Allgemeine Erziehungswissenschaft der Westfälischen Wilhelms-Universität

von der Verwaltung

Dagmar Arnkens-Homann, Gerd Bertling, Britta Bülter, Tilman Fuchs, Petra Gittner, Chris
Hagel, Birgit Herdes, Sibylle Kratz-Trutti, Anke Landenberger, Karl Materla, Heidemarie
Neumair-Otto, Bernhard Paschert, Frank-Detlev Philipp, Silke Thesing, Frank Treutler,
Sabine Trockel, Heiner Vogt

für die Schriftführung

Heinz Lembeck

es fehlten entschuldigt

Jutta Lebkücher, Matthias Manglus, Spyridon-Paul Marinos, Ulrich Messing, Dieter Schönfelder,
Klaus Tantow

nichtöffentlicher Sitzungsteil

siehe Niederschrift über die nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien am 04.06.2008

Tagesordnung:

- | | | |
|--------------------------|-----|---|
| | 1. | Festlegung der Tagesordnungspunkte, bei denen die Anwesenheit von Verwaltungsmitarbeiterinnen oder -mitarbeitern erforderlich ist |
| | 2. | Eingegangene Anträge und Eingaben |
| | 3. | Berichte und Mitteilungen |
| | 4. | Anfragen von Ausschussmitgliedern |
| <u>V/0349/2008</u>
IV | 5. | Auswertung des Modellprojektes "Bildung eines Jugendrates in der Stadt Münster" |
| <u>V/0026/2008</u>
V | 6. | Migrationsleitbild der Stadt Münster |
| <u>V/0154/2008</u>
V | 7. | Kinder- und Jugendpsychiatrie:
Stationäre und tagesklinische Versorgung in Münster und anderen Städten und Kreisen in NRW |
| <u>V/0155/2008</u>
V | 8. | Projekt "Gesund aufwachsen in ... Berg Fidel"
Zwischenbericht des Modellprojektes "Besser essen. Mehr bewegen." Kinderleicht-Regionen des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) |
| <u>V/0347/2008</u>
V | 9. | Soziale Stadt Kinderhaus-Brüningheide;
Jahresbericht 2007/2008 |
| <u>V/0346/2008</u>
IV | 10. | Geschäftsbericht des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien für das Jahr 2007 |
| <u>V/0350/2008</u>
IV | 11. | Jahresbericht 2007 des Familienbüros |
| <u>V/0278/2008</u>
IV | 12. | Änderung der Entgeltordnung "Förder- und Betreuungsangebote für Schülerinnen und Schüler an Grund- und Förderschulen und an offenen Ganztagschulen im Primarbereich (einschl. der Klassen 5 und 6 an Förderschulen)" |
| <u>V/0399/2008</u>
IV | 13. | Weiterentwicklung eines Bildungsnetzwerkes in der Bildungsregion Stadt Münster |

<u>V/0372/2008</u> IV	14.	Weiterentwicklung von Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren - Umsetzung der 3. Projektphase zum Kindergartenjahr 2008/2009
<u>V/0388/2008</u> IV	15.	Frühe Hilfen für Familien- Gesamtstädtisches Präventionskonzept
<u>V/0389/2008</u> IV	16.	Familien stärken - Eltern im Fokus präventiver Angebote
<u>V/0352/2008</u> IV	17.	Mittelverlagerung zwischen den Produktgruppen 0605 "Erzieherische und wirtschaftliche Hilfen für Familien" und 0603 "Förderung von benachteiligten jungen Menschen" im Rahmen der Abschlussarbeiten zur Umstellung auf das Neue Kommunale Finanzmanagement
	18.	Verschiedenes

Herr Rickfelder, der Vorsitzende, eröffnete die 28. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien um 17:00 Uhr. Er begrüßte alle Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung fragte der Vorsitzende nach Wünschen zur Änderung der Tagesordnung, die aber nicht geäußert wurden.

Punkt 1 der Tagesordnung

Festlegung der Tagesordnungspunkte, bei denen die Anwesenheit von Verwaltungsmitarbeiterinnen oder -mitarbeitern erforderlich ist

Durch Abfrage stellte der Vorsitzende fest, dass zu den Tagesordnungspunkten 6 „Migrationsleitbild der Stadt Münster“, 8 „Gesund aufwachsen in ... Berg Fidel“ und 9 „Soziale Stadt Kinderhaus“ die Anwesenheit externer Verwaltungsmitarbeiterinnen bzw. -mitarbeiter gewünscht wurde. Ebenso für den Tagesordnungspunkt 7 „Kinder- und Jugendpsychiatrie“. Wegen der kurzfristigen Erkrankung der zuständigen Mitarbeiterin wurde ein Vertreter zur Sitzung erwartet. Dazu wurde vereinbart, den Punkt bei Bedarf bis zum Eintreffen der Vertretung zurückzustellen.

Herr Rickfelder begrüßte alle anwesenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung.

Punkt 2 der Tagesordnung

Eingegangene Anträge und Eingaben

Der Vorsitzende gab folgende Anträge bzw. Anregungen bekannt:

- eine Anregung nach § 24 Gemeindeordnung NRW von Herrn Müller vom 24.03. und 15.04.2008 zu prüfen, ob es ein sozial gerechtes Verfahren bei der Berücksichtigung von Unterhaltsleistungen und der Berechnung von Elternbeiträgen für Kindertageseinrichtungen gibt.

Herr Rickfelder verwies darauf, dass der Antrag im üblichen Verfahren von der Verwaltung bearbeiten werde.

- einen Antrag der der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion „Städtische Verwaltung familienfreundlich weiterentwickeln - Zertifizierung durch ‚audit berufundfamilie‘ anstreben!“ vom 22.04.2008.

Der Antrag - so der Vorsitzende - sei in der Ratssitzung am 07.05.2008 an den Hauptausschuss verwiesen worden. Die Verwaltung werde dazu eine Verfahrensvorlage erstellen. Er verwies darauf, dass die Federführung für den Antrag auf Grund der Bedeutung für die Gesamtverwaltung im Dezernat für Recht, Ordnung, Personal und Organisation liege und den Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien sicher noch beschäftigen werde.

Punkt 3 der Tagesordnung

Berichte und Mitteilungen

Frau Pohl berichtete:

- 3.1. Zur Gründung eines Arbeitskreises aus Politik, Verwaltung, Jugendhilfe und Schule mit dem Ziel, die Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule zu verbessern:

Bei der Klausurtagung der beiden Ausschüsse für Schule und Weiterbildung und für Kinder, Jugendliche und Familien im November 2007 sei vereinbart worden, dass ein Arbeitskreis aus Politik und Verwaltung einberufen werde, der sich mit aktuellen Themen der Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule befassen werde.

Teilnehmende aus dem politischen Raum sollten absprachegemäß die jugendpolitischen und schulpolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen sein.

Aktuell werde für den September 2008 ein Termin vorbereitet. Die genaue Terminierung und der Entwurf einer Tagesordnung würden frühzeitig versandt.

- 3.2. Zur geplanten Novellierung des SGB VIII: Eckpunkte eines Gesetzes zur Förderung von Kindern unter drei Jahren in Tageseinrichtungen und in der Kindertagespflege (Kinderförderungsgesetz - KiföG):

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie das Ministerium für Finanzen hätten mit dem KiföG Änderungen des SGB VIII sowie Änderungen im Finanzausgleichsgesetz zur Beteiligung an den Betriebskosten von Kindertageseinrichtungen beschlossen. Mit dem Beschluss zum KiföG, das noch bis zum Jahresende verkündet werden müsse, schaffe die Bundesregierung die Voraussetzung für den weiteren Ausbau der Kindertagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren.

Folgende zentrale Regelungen werde das Gesetz enthalten:

- Ab dem 01.08.2013, nach Abschluss einer Ausbauphase, solle der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für alle Kinder ab dem vollendeten ersten bis zum vollendeten dritten Lebensjahr eingeführt werden.
- Für die Ausbauphase (bis zum 31.07.2013) würden rechtliche Verpflichtungen für die Bereitstellung von Plätzen eingeführt.
- Dabei nehme die Bundesregierung eine deutliche Profilierung und Verberuflichung der Kindertagespflege in Angriff. 30 % der neuen Plätze sollten im Bereich Kindertagespflege geschaffen werden.
- Der Bund beteilige sich an den Investitionskosten in Höhe von 2,15 Mrd. €, um die nötigen Mittel für Neubau-, Ausbau-, Umbau-, Sanierungs-, Renovierungs-, Modernisierungs- und Ausstattungsmaßnahmen zu finanzieren.

Mit der neuen gesetzlichen Regelung werde ein weiterer Schritt zum Ausbau der Betreuungsangebote für unter 3-jährige Kinder ermöglicht. In einer der kommenden Sitzungen des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien werde die Verwaltung ausführlich über die Regelungen des KiföG berichten und die Auswirkungen auf die Entwicklungen in Münster darstellen. Der jährliche Bericht zur Tagesbetreuung für Kinder werde zudem nach der Sommerpause vorgelegt.

3.3. Zur Information über das Kinderhilfe-Projekt „Notinsel - wo wir sind, bist Du sicher“:

Im April dieses Jahres sei das Projekt „Notinsel“ in Münster gestartet. Die „Hänsel und Gretel“ Stiftung habe 2002 diese Idee initiiert und übertrage den Projektgedanken seitdem bundesweit auf Städte und Gemeinden.

„Notinsel“ sei ein Zeichen für Kinderfreundlichkeit und biete Schutzraum für Kinder in Gefahrensituationen. Ziel des Projektes sei die Schaffung eines Netzwerkes von Einzelhandelsgeschäften und Einrichtungen, die Kindern in Notsituationen eine erste Anlaufstelle bieten.

Gekennzeichnet würden die Notinseln mit einem Aufkleber, der diese als Zufluchtsorte ausweise. Alle Geschäfte mit dem Notinsel-Zeichen an der Tür signalisierten Kindern ihre Hilfsbereitschaft und verpflichteten sich selbst zum Hinsehen und Handeln.

Vertragspartner für das Projekt in Münster sei das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien mit dem Kinderbüro als zentralem Ansprechpartner.

Die verschiedenen Jugendforen in Münster unterstützten die Idee der „Notinsel“, indem sie gezielt die Geschäftsinhaber und Institutionen in den Stadtteilen ansprechen und für das Projekt werben würden. Frau Pohl dankte den Jugendlichen für dieses Engagement.

3.4. Zur Offene Kinder- und Jugendarbeit in Nienberge und Nienberge-Häger:

Die Förderung der bisherigen halben Stelle der hauptamtlichen Fachkraft für die offene Kinder- und Jugendarbeit in Nienberge in Trägerschaft der katholischen Kirchengemeinde St. Sebastian werde seit April 2008 auf die Förderung einer ganzen Stelle ausgeweitet. Die Aufstockung sei zunächst befristet für das Jahr 2008. Ein entsprechender Etat-antrag des Trägers zur dauerhaften Aufstockung werde zu den Haushaltsplanberatungen 2009 erwartet.

Mit der Aufstockung werde dem bis dato noch nicht gedeckten Bedarf an Angeboten in Nienberge-Häger und dem Bedarf an einer Ausweitung der Angebote in Nienberge Rechnung getragen. Damit würden die im kommunalen Kinder- und Jugendförderplan formulierten Handlungsempfehlungen für diesen Bereich umgesetzt.

3.5. Zum 13. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag vom 18. - 20.06.2008 in Essen:

Die Arbeitsgemeinschaft der Kinder- und Jugendhilfe veranstalte den 13. Deutschen Jugendhilfetag in der Zeit vom 18. - 20. Juni 2008 in Essen. Unter dem Motto „Gerechtes Aufwachsen ermöglichen! Bildung - Integration - Teilhabe“ finde Europas größter Fachkongress im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe statt. Bei der parallel stattfindenden Fachmesse würden 300 Ausstellerinnen und Aussteller ihre Angebote vorstellen.

Das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien der Stadt Münster werde sich zusammen mit 16 weiteren Großstadtjugendämtern in der NRW-Halle präsentieren. Unter der Überschrift „Mitmachen - Mitbestimmen - Mitgestalten in Münster“ werde die Arbeit des Jugendrates und der Jugendforen vorgestellt. An zwei Veranstaltungstagen würden jeweils vier Mitglieder des Jugendrates der Stadt Münster am Jugendhilfetag in Essen teilnehmen.

Frau Pohl lud alle Mitglieder ein, den Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag zu besuchen.

3.6. Zum 5. „Stöbertag“ in Münster:

Am Mittwoch, 28. Mai 2008, seien 200 Kinder der 3. und 4. Klassen beim fünften Stöbertag in Münster zu einem Ausflug in die Welt der Erwachsenen gestartet. Insgesamt 42 größere und kleinere Betriebe und Geschäfte in Münster hätten dazu ihre Türen geöffnet.

Die Kinder hätten z. B. Blumen einpflanzen, Teemischungen zubereiten, frisieren üben, Fußbälle stapeln, Salben anrühren oder ein kleines Brillengestell herstellen können. Alle seien vom „Reinschnuppern“ begeistert gewesen.

Unterstützt worden seien sie dabei durch die Mitarbeiter der Kinder- und Jugendeinrichtungen des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien sowie des HOT Coerde der Ev. Andreaskirchengemeinde in Kooperation mit den Grundschulen Am Kinderbach, Hermannschule, Melanchtonschule, Grundschule Berg Fidel und der Michaelschule.

3.7. Zur Förderung „Vertiefender Berufsorientierung“ in vier Förderschulen Münsters:

Der Träger „Lernen fördern“ habe bei AIM jugend+ 8.000 € für ein Projekt zur vertiefenden Berufsorientierung in vier Förderschulen Münsters, gefördert aus Mitteln des Bundes und Sponsorengeldern, beantragt. Die Gesamtkosten des Projektes würden sich auf 100.000 € belaufen.

Infolge geänderter Finanzierungsmodalitäten im SGB II würden ursprünglich beantragte Mittel der AIM jugend+ (Vorlage V/0031/2008 „Förderung von Maßnahmen der Jugendberufshilfe“) im Rahmen der Förderung von Einzelplätzen nicht mehr benötigt. Diese Mittel sollten für das Projekt bei Lernen fördern e.V. verwendet werden, insbesondere auch, weil dies Projekt erhebliche Multiplikationseffekte habe.

Der Ausschuss stimmte diesem Verfahren einvernehmlich zu.

Punkt 4 der Tagesordnung

Anfragen von Ausschussmitgliedern

Als Tischvorlage lag die Antwort auf eine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL zum § 8a SGB VIII - Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung - vor (Anlage 1).

Der Vorsitzende schlug vor, die Ergebnisse in die Diskussion zum Tagesordnungspunkt 15 „Frühe Hilfen für Familien - Gesamtstädtisches Präventionskonzept“ einfließen zu lassen. Dem wurde zugestimmt.

Der Vorsitzende blickte kurz auf den gemeinsamen Beschluss zur Einrichtung der Jugendforen und des Jugendrates zurück. Für das hohe Engagement der Jugendlichen bedankte sich Herr Rickfelder im Namen des gesamten Ausschusses, was die Mitglieder mit Applaus unterstützten.

Nach der Vorstellung der Vorlage durch Frau Dr. Hanke zeigte die Sprecherin des Jugendrates, Frau Austermann, in Form einer Dia-Show die bisherigen Stationen des Jugendrates noch einmal auf. Sie schilderte die engagierte aber zeitaufwendige Arbeit der Jugendlichen und begründete aus der Sicht des Jugendrates den Vorschlag, das Budget nicht zu erhöhen und die Altersspanne für die Mitwirkung aber auszuweiten. Anschließend erläuterte Frau Meschede vom Institut für Erziehungswissenschaften der Westfälischen Wilhelms-Universität die Ergebnisse einer Befragung der Mitglieder der Jugendforen und des Jugendrates der Stadt Münster. Sie wünschte den Jugendlichen viel Erfolg für ihre weitere Arbeit.

Die Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB VIII - AG 2 „Kinder- und Jugendarbeit“ zum Tagesordnungspunkt (Anlage 2), die als Tischvorlage vorlag, wurde durch Herrn Bommes erläutert.

Herr Hergt beantragte für die SPD-Fraktion:

„Der Ausschuss möge beschließen:

I. bis V. wie Vorlage

neu VI. Dem Jugendrat der Stadt Münster werden jährlich 10.000 Euro für die Umsetzung eigener Projekte zur Verfügung gestellt. Kosten für die Anschaffung bzw. Bereitstellung der für die Arbeit des Jugendrates und der Jugendforen notwendigen Infrastruktur und Rahmenbedingungen sind nicht aus diesem Etat zu tragen, sondern werden von Seiten der Stadt Münster finanziert.

neu VII. Die Verwaltung wird beauftragt, Mittel im Rahmen der Bestimmungen der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen zu überprüfen, um den Jugendrat und die Jugendforen in die Beratungsketten des Rates der Stadt Münster, der Ausschüsse und der Bezirksvertretungen einzubinden. Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt, Möglichkeiten zu prüfen, den Jugendforen über das Mittel des § 24 Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen hinausgehend Antragsrecht in den Ausschüssen und Bezirksvertretungen einzuräumen.“

Frau Dr. Hanke stellte die rechtlichen Vorgaben zu den Möglichkeiten des Jugendrates und seiner Mitglieder für ein Rede- oder Antragsrecht in den Gremien der Stadt Münster dar. Dabei machte sie deutlich, dass die Mitglieder der Jugendforen und des Jugendrates immer die Möglichkeit gehabt hätten und auch weiter hätten, in den Gremien zu sprechen und sich an den Diskussionen zu beteiligen. Anträge jedoch müssten zunächst von Mitgliedern der Gremien aufgegriffen werden.

In der weiteren Diskussion wurde angeregt, eine Übertragbarkeit für eventuelle Restmittel aus dem Budget des Jugendrates zu ermöglichen.

Herr Bolte signalisierte für die CDU-Fraktion Zustimmung zu dem Vorschlag der SPD-Fraktion, dass Kosten für die Anschaffung bzw. Bereitstellung der für die Arbeit des Jugendrates und der Jugendforen notwendigen Infrastruktur und Rahmenbedingungen von Seiten der Stadt Münster finanziert werden sollen.

Herr Stein beantragte:

„Beschlussvorschlag Punkt I. wird um folgenden Satz ergänzt:

Vor Ende jeder Wahlperiode findet eine ausführliche Berichterstattung durch den Jugendrat im Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien statt.“

Der Vorsitzende schlug vor, bis zur Sitzung des Hauptausschusses durch die Verwaltung zu prüfen, ob eine Übertragung von eventuellen Restmitteln aus dem Budget des Jugendrates sowie eine Realisierung des Vorschlags der SPD-Fraktion zur Übernahme von Aufwandskosten des Jugendrats ermöglicht werden könne. Frau Pohl sagte diese Prüfung zu. Daraufhin wurde der Antrag der SPD-Fraktion nicht aufrechterhalten.

Anschließend kam der Ausschuss überein, den Beschlussvorschlag um den Text des Antrags von Herrn Stein zu ergänzen.

Der Ausschuss beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden geänderten Beschlussvorschlags zu empfehlen:

„Sachentscheidung:

- I. In der Stadt Münster werden nach Ablauf des zweijährigen Modellprojektes ‚Bildung eines Jugendrates in der Stadt Münster‘ dauerhaft ein Jugendrat sowie ein Jugendforum pro Stadtbezirk gebildet. Vor Ende jeder Wahlperiode findet eine ausführliche Berichterstattung durch den Jugendrat im Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien statt.
- II. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die am 02.08.2006 vom Rat beschlossene Satzung für den Jugendrat der Stadt Münster und die Jugendforen sowie die Satzung für die Wahl der Jugendforen der Stadt Münster in folgenden Punkten geändert wird:
 - Ausweitung der Altersspanne, wählbar 12 bis einschließlich 17 Jahre
 - Ausscheiden mit Vollendung des 18. Lebensjahres entfällt
 - Angleichung aktives/passives Wahlrecht
 - Vereinfachung der Wahlwerbung
- III. Die anliegenden Satzungen (siehe Anlage 1 und 2) zur Änderung der ‚Satzung für den Jugendrat der Stadt Münster und die Jugendforen‘ und der ‚Satzung für die Wahl der Jugendforen der Stadt Münster (Wahlordnung Jugendforen)‘ werden beschlossen.
- IV. Die Verwaltung wird beauftragt, die Wahl der Jugendforen im vierten Quartal 2008 auf der Grundlage der geänderten Satzung für die Wahl der Jugendforen durchzuführen.
- V. Es wird zur Kenntnis genommen, dass zur Möglichkeit der Online-Bewerbung für die Wahl der Jugendforen eine Datenbank eingerichtet wird.

II. Kosten/Folgekosten

Nach dem Beschluss des Rates vom 05.04.2006 stehen seit 2006 ff. jährlich 5.000 Euro für die Arbeit (Projekte und Maßnahmen) des Jugendrates der Stadt Münster zur Verfügung.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass

- darüber hinaus für die Durchführung der Wahl dem Amt für Bürgerangelegenheiten alle zwei Jahre Kosten in Höhe von 5.000 Euro für Sachkosten (inkl. Portokosten) entstehen,
- für die Wahl der Jugendforen die Programmierung einer neuen Datenbank zur Online-Bewerbung notwendig ist, wofür einmalige Kosten in Höhe von 2.500 Euro anfallen.

Für die Organisation und Durchführung der Wahl werden die ämterübergreifenden Personalkosten budgetneutral zur Verfügung gestellt.

Für die laufende Arbeit der Jugendforen und des Jugendrates und für die pädagogische Begleitung werden im Amt für Kinder, Jugendliche und Familien die Personalkosten, Sachkosten, Fortbildungskosten und Raumressourcen budgetneutral zur Verfügung gestellt.

III. Finanzierung/Mittelbereitstellung

Die o. g. Sachentscheidung ist wie folgt zu finanzieren:

Für den Jugendrat der Stadt Münster hat der Rat ab 2006 ff. jährlich 5.000 Euro bereitgestellt. Darüber hinaus sind folgende Aufwendungen notwendig, die aus dem Budget der Produktgruppe 0602 bestritten werden:

Aufwendungen					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0602	Kinder- und Jugendarbeit			
Teilergebnisplan (Zeile)	16	Sonstige ordentliche Aufwendungen	Wahl 2008, 2010, 2012, 2014 ff.	5.000 €	
	16	Programmierung einer Datenbank zur Online-Bewerbung	einmalig in 2008	2.500 €	Für die Datenbankprogrammierung
Insgesamt:				7.500 €	

Punkt 6 der Tagesordnung V/0026/2008

Migrationsleitbild der Stadt Münster

Der Vorsitzende begrüßte zu dem Tagesordnungspunkt Herrn Köhnke, der die Rahmenbedingungen der bisherigen Arbeit am Migrationsleitbild an Hand der Situation in Deutschland sowie den allgemeinen Entwicklungen in Bund und Land erläuterte. Er schilderte die Migrationsleitbildentwicklung in Münster als Teil des integrierten Stadtentwicklungs- und Stadtmarketingkonzeptes sowie des Agenda 21-Prozesses. Darüber hinaus führte er aus, dass die Stadt Münster das Leitbild in Kooperation mit vielen Beteiligten innerhalb der Stadtgesellschaft entwickelt habe.

Der Prozess zur Entwicklung des Migrationsleitbildes sei in 4 Phasen gegliedert, von der ersten Phase der Vorbereitung durch die Verwaltung, der Diskussion des Entwurfs in der Fachöffentlichkeit in Phase 2 bis zur aktuell dritten Phase, die mit der Vorlage an den Ausländerbeirat und an den Rat mit seinen Gremien erreicht sei. Nun gehe es in einer weiteren Phase darum, die Umsetzung des Leitbildes zu koordinieren, wobei Herr Köhnke deutlich machte, dass dazu der gemeinsame Einsatz aller gesellschaftlichen Kräfte notwendig sei.

Das Leitbild selbst sei im Austausch mit dem Ausländerbeirat entstanden und müsse regelmäßig fortgeschrieben werden. Schließlich beschrieb Herr Köhnke die unterschiedlichen Aktivitäten zum Thema Migration und die Ziele, bei denen es vor allem um die Erhaltung des sozialen Friedens in der Stadt sowie darum gehe, den Charakter einer offenen Stadt zu bewahren und auszugestalten.

In einer kurzen Aussprache wurde bestätigt, dass mit der Vorlage des Leitbildes ein Anfang gelungen sei, dem konkrete weitere Schritte auf der Handlungsebene folgen müssten.

Der Ausschuss beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags zu empfehlen:

„I. Sachentscheidung:

1. Das Migrationsleitbild (Anlage 1) der Stadt Münster wird
 - als Kriterienkatalog für eine ausführliche und systematische Bestandsaufnahme migrationsorientierter Angebote, Einrichtungen und Dienste in der Stadt (Ämter, Einrichtungen, Träger, Initiativen, Gremien);
 - als handlungsleitende Grundlage für eine prioritätengeleitete Weiterentwicklung der bestehenden Strukturen;
 - als Maßstab für die Einführung, Weiterentwicklung bzw. Verstärkung spezifischer, migrationsorientierter Maßnahmen;
 - als gemeinsame, ämter- und trägerübergreifende Arbeitsgrundlage in allen Feldern der migrationsorientierten Arbeit in unserer Stadt

beschlossen.
2. Das Migrationsleitbild wird mindestens alle fünf Jahre – in jeder Wahlperiode des Rates – systematisch fortgeschrieben und unter Einschluss der zwischenzeitlich gewonnenen Erfahrungen und Erkenntnisse aktualisiert. Laufende Berichterstattungen und notwendige Einzelbeschlüsse der Gremien bleiben davon unberührt.
3. Mit Beschluss über das Migrationsleitbild tritt die Stadt Münster der ‚Charta der Vielfalt‘ (Anlage 3) bei, die Bestandteil der Kampagne ‚Vielfalt als Chance‘ der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration ist.
4. Die Verwaltung wird beauftragt,
 - 4.1 eine nach Maßgabe der Daten- und Erkenntnislage mögliche und auf die Verhältnisse in unserer Stadt zugeschnittene Situationsanalyse (Zielgruppen, Potentiale, Problemlagen, Hilfe- und Unterstützungsangebote der Ämter, Institutionen, Einrichtungen und Träger) unter Zugrundelegung der Bewertungskriterien des Leitbildes zu erstellen;
 - 4.2 daraus ressortspezifische und -übergreifende Handlungsprioritäten für die Weiterentwicklung von Maßnahmen und Hilfestrukturen abzuleiten und diese im Hinblick auf ihre Wirksamkeit in fachlicher und finanzieller Hinsicht zu bewerten;
 - 4.3 dabei vor allem auch die aus Haushaltskonsolidierungsgründen unabdingbare Vorrangigkeit einer Umsetzung aus vorhandenen Budgetansätzen zu beachten. Das heißt: Zusätzliche Finanzierungsaufwendungen, etwa für neue Maßnahmen und Projekte, bedürfen einer besonderen Begründung und werden jeweils sach- und zeitgerecht entschieden.

Die Koordinierungsstelle für Migration und Interkulturelle Angelegenheiten übernimmt dabei die koordinierende Federführung. Die fachspezifischen Zuständigkeiten der jeweiligen Dezernate und Ämter bleiben davon unberührt.
5. Der für die o. a. Umsetzung des Leitbildes unabdingbar erforderliche laufende Ressourcenaufwand (Personal- und Sachkosten) der Koordinierungsstelle für Migration und Interkulturelle Angelegenheiten wird im laufenden Jahr 2008 durch geeignete Maßnahmen aus dem Gesamtbudget der Verwaltung getragen. Über die erforderliche Mittelbereitstellung in den Folgejahren wird im Rahmen der Etatberatungen 2009 ff. entschieden.

6. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die Verwaltung zusätzlich ein Folgeprojekt zu dem erfolgreichen Euregioprojekt ‚Zuwanderer integrieren‘ beantragt hat. Der Finanzierungsanteil beträgt für Münster und Almelo jeweils 15 % an Eigenmitteln. 70 % Komplementärkosten werden erwartet aus EU-Mitteln sowie aus Mitteln des Landes NRW und der Provinz Overijssel.

II. Kosten/Folgekosten

Entsprechend der Ziffern 5 und 6 werden die Aufwendungen für 2008 durch Umschichtung bereitgestellt. Für die Folgejahre ist dies im Rahmen der Etatberatungen zu entscheiden und zu disponieren.“

Punkt 7 der Tagesordnung V/0154/2008

Kinder- und Jugendpsychiatrie: Stationäre und tagesklinische Versorgung in Münster und anderen Städten und Kreisen in NRW

Herr Dr. Gollmer stellte die Vorlage im Kontext der Krankenhausplanung vor. Anliegen sei es, die Strukturen für die Kinder- und Jugendpsychiatrie, in diesem Fall des stationären und teilstationären Bereichs, zu verbessern. Er bat um Unterstützung, um die an der Planung Beteiligten aufzufordern, die Kapazitäten zu erhöhen und eine ausreichende Versorgung zu erreichen.

Herr Bolte verwies auf einen Beschluss des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung, der die Verwaltung aufforderte, in Gesprächen mit der Universitätsklinik und der Arbeitsgemeinschaft der Verbände der Krankenkassen in Westfalen-Lippe, die Erweiterung der Tagesklinik und die zusätzliche Einrichtung von vollstationären Behandlungsplätzen in der Kinder- und Jugendpsychiatrie anzuregen und die fachliche Notwendigkeit darzulegen. Herr Bolte bat die übrigen Vertreterinnen und Vertreter des Ausschusses, sich dem Antrag anzuschließen.

Nachdem einige Fragen durch die Verwaltung beantwortet wurden und von verschiedener Seite Unterstützung für das formulierte Anliegen geäußert wurde, griff der Ausschuss seinerseits das Votum des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung auf und beschloss einstimmig:

„Die Verwaltung wird aufgefordert, in Gesprächen mit der Universitätsklinik und der Arbeitsgemeinschaft der Verbände der Krankenkassen in Westfalen-Lippe, die Erweiterung der Tagesklinik und die zusätzliche Einrichtung von vollstationären Behandlungsplätzen in der Kinder- und Jugendpsychiatrie anzuregen und die fachliche Notwendigkeit darzulegen. Dem Ausschuss und der Gesundheitskonferenz ist zeitnah zu berichten.“

Anschließend nahm der Ausschuss den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 8 der Tagesordnung V/0155/2008

Projekt "Gesund aufwachsen in ... Berg Fidel" Zwischenbericht des Modellprojektes "Besser essen. Mehr bewegen." Kinderleicht-Regionen des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)

Frau Arnkens-Homann gab eine kurze Einführung in den Inhalt der Vorlage. Sie verwies auf die gute Kooperation mit dem Amt für Kinder, Jugendliche und Familien im Verfahren, schilderte dazu einige konkrete Beispiele und erläuterte die finanzielle Umsetzung des Projekts.

Die im Bericht dargestellte Arbeit wurde gelobt, wobei der Wunsch geäußert wurde, sie nachhaltig fortzusetzen und auf andere Stadtteile zu übertragen.

Der Ausschuss nahm den Bericht zur Kenntnis.

**Punkt 9 der Tagesordnung
V/0347/2008**

**Soziale Stadt Kinderhaus-Brüningheide;
Jahresbericht 2007/2008**

Nach einer Erläuterung des Berichts durch Herrn Treutler, der die Workshops mit den Projektbeteiligten sowie die Zielentwicklung hervor hob, wurden kurz die Probleme auf Grund der hohen Fluktuation in der Bevölkerung des betroffenen Stadtteils angesprochen. Herr Treutler informierte darüber, dass eine jährliche Berichterstattung zum Fortgang der Projektarbeit geplant sei.

Der Ausschuss nahm den Bericht zur Kenntnis.

**Punkt 10 der Tagesordnung
V/0346/2008**

**Geschäftsbericht des Amtes für Kinder,
Jugendliche und Familien für das Jahr 2007**

Zu Beginn der Aussprache zu dem Tagesordnungspunkt dankte der Vorsitzende allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die im vergangenen Geschäftsjahr geleistete Arbeit. Darin bezog er ausdrücklich auch die Arbeiten mit ein, die zum folgenden Tagesordnungspunkt „Bericht des Familienbüros“ geleistet wurden.

Frau Pohl stellte zur Einführung in den Bericht einige finanzielle und organisatorische Eckpunkte dar. Nicht zuletzt auf Grund umfassender gesetzlicher Veränderungen mit entsprechenden strukturellen Auswirkungen habe es hohe Belastungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gegeben.

Als weiteren wesentlichen Punkt hob Frau Pohl die zahlreichen in Münster tätigen freien Träger und ihre gute Kooperation mit der Verwaltung hervor. In einem Ausblick beschrieb Frau Pohl, dass der Geschäftsbericht im Folgejahr einen neuen Aufbau erhalten werde, der sich an der Produktstruktur des Neuen Kommunalen Finanzmanagements orientiere werde.

In der folgenden Diskussion wurde besonders auf die hohe Arbeitsbelastung innerhalb des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien verwiesen, wobei auch auf die schwierigen Rahmenbedingungen eingegangen wurde.

Der Ausschuss nahm den Bericht zur Kenntnis.

**Punkt 11 der Tagesordnung
V/0350/2008**

Jahresbericht 2007 des Familienbüros

Auf Bitte von Frau Möllers stellte die Verwaltung für den Bericht des nächsten Jahres Aussagen darüber in Aussicht, inwieweit die Elternbriefe über die Elterngeldstelle frühzeitig den Eltern nahegebracht und wie viele ausländische Adressaten erreicht werden könnten.

Der Ausschuss nahm den Bericht zur Kenntnis.

**Punkt 12 der Tagesordnung
V/0278/2008**

**Änderung der Entgeltordnung "Förder- und
Betreuungsangebote für Schülerinnen und Schüler
an Grund- und Förderschulen und an offenen
Ganztagsschulen im Primarbereich (einschl. der
Klassen 5 und 6 an Förderschulen)"**

Frau Dr. Obst verwies auf einen Änderungsantrag, den die Fraktionen der CDU und der FDP in der Sitzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung vorgelegt hatten. Auf Grund dieses Antrags sollte der Beschlussvorschlag um einen Punkt ergänzt werden, wonach die Beitragsstaffeln der zu beschließenden Entgeltordnung an die Beitragsstaffeln der Satzung zur Erhebung und zur Höhe von Elternbeiträgen für die Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege angeglichen werden sollten. Gleichzeitig erklärte Frau Dr. Obst, dass die Beschlussfassung über diesen Antrag in die Sitzung des Hauptausschusses geschoben wurde.

Der Ausschuss beschloss bei 7 Enthaltungen einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags zu empfehlen:

„I. Sachentscheidung:

1. Die Neufassung der Entgeltordnung ‚Förder- und Betreuungsangebote für Schülerinnen und Schüler an Grund- und Förderschulen und an offenen Ganztagschulen im Primarbereich (einschl. der Klassen 5 und 6 an Förderschulen)‘ wird beschlossen.
2. Die Neufassung der Entgeltordnung tritt zum 01.08.2008 in Kraft.

II. Kosten/Folgekosten

Es entstehen keine Kosten und Folgekosten.

III. Finanzierung/Mittelbereitstellung

./.“

**Punkt 13 der Tagesordnung
V/0399/2008**

**Weiterentwicklung eines Bildungsnetzwerkes in
der Bildungsregion Stadt Münster**

In einer kurzen Einführung verwies Frau Dr. Hanke darauf, welche Auswirkungen die vorgeschlagenen Maßnahmen auf die Bildungslandschaft der Stadt Münster haben würden und hob die Handlungsfelder hervor, die aus ihrer Sicht von besonderer Bedeutung seien.

Es folgte eine längere Diskussion, in deren Verlauf auch die formelle Beteiligung des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien angesprochen wurde, wie auch die Berichterstattung neben dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung im Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien gefordert wurde.

Frau Möllers beantragte:

„Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien möge beschließen:

Punkt 1:
unverändert;

Punkt 2 neu:

Zu diesem Zweck wird ein Lenkungskreis gebildet bestehend aus:

- Oberer Schulaufsicht (Bez.-Reg. MS),
- Unterer Schulaufsicht (Schulamtsamt Stadt MS),
- der Dezernentin für Bildung, Familie, Jugend, Kultur und Sport,
- den zuständigen Amtsleitungen (Stadt MS),
- Vertretungen aus der Politik.

Dem Lenkungskreis ist ein Beirat zugeordnet, er wird unterstützt durch eine Regionale Geschäftsstelle; eine Bildungskonferenz garantiert die Einbindung weiterer gesellschaftlicher Gruppen.

Punkt 2 alt:

wird Punkt 3 neu.“

Frau Dr. Hanke erläuterte detailliert Entstehung und Inhalt der Vorlage. Sie sagte zu, eine Ergänzungsvorlage bis zu den Beratungen im Hauptausschuss und im Rat zu erstellen, in der sie die genannten Formulierungen um den Bereich der Jugendhilfe und eine Berichterstattung im Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien ergänzen werde.

Ferner werde sie darin weitere Themen aufführen. Dies seien aus ihrer Sicht Aspekte einer Herausbildung eigenverantwortlicher Schulen, einer Konzeption zur bildungsbereichs- und trägerübergreifenden frühkindlichen Bildung und Entwicklung sowie einer Professionalisierung der Beratungskompetenz von Lehrkräften im Bereich Erziehung, Lebens-, Schul- und Berufswegplanung. Frau Dr. Hanke machte zudem noch einmal deutlich, dass und warum die Kooperation von Schule und Jugendhilfe ihr besonderes Augenmerk gelte.

Frau Möllers bat darum, über die Aufzählung unter Punkt 2 ihres Antrags einzeln abzustimmen. Diese Punkte wurden jeweils bei 7 Ja-Stimmen mit 8 Nein-Stimmen abgelehnt. Lediglich der letzte Punkt „Vertretungen aus der Politik“ wurde bei 3 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen mit 8 Nein-Stimmen abgelehnt.

Der Vorsitzende ließ sodann über den Änderungsantrag von Frau Möllers insgesamt abstimmen. Er wurde bei 3 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen mit 8 Nein-Stimmen abgelehnt.

Der Ausschuss beschloss mit 8 Für-Stimmen bei 3 Gegen-Stimmen und 4 Enthaltungen, dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags zu empfehlen:

„I. Sachentscheidung:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, das Bildungsnetzwerk in der Bildungsregion Stadt Münster mit den in der Begründung dargestellten Zielvorgaben weiter zu entwickeln.
2. Der zu diesem Zweck beabsichtigte Abschluss eines Kooperationsvertrages mit dem Land Nordrhein-Westfalen wird befürwortet.

II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Kosten/Folgekosten entstehen.“

**Punkt 14 der Tagesordnung
V/0372/2008**

**Weiterentwicklung von Kindertageseinrichtungen
zu Familienzentren - Umsetzung der 3. Projekt-
phase zum Kindergartenjahr 2008/2009**

Herr Bolte schlug vor, der Vorlage nur unter der Voraussetzung zuzustimmen, dass die Kath. Kindertageseinrichtung St. Sebastian in Amelsbüren im Verbund mit der städtischen Kindertageseinrichtungen Sonnentau zum Familienzentrum ausgebaut wird.

Frau Hakenes beantragte eine Sitzungsunterbrechung. Es wurde einvernehmlich vereinbart, die Sitzung nach Abschluss der Beratungen zum laufenden Tagesordnungspunkt zu unterbrechen.

In der folgenden Aussprache wurden Bedenken gegen die Zahl der insgesamt geplanten Familienzentren geäußert, zumal dann, wenn es in kleineren Bereichen zu konkurrierenden Standorten kommen sollte. Ferner wurde eine bessere finanzielle Ausstattung der Familienzentren gewünscht. Hierzu gab die Verwaltung eine fachliche Einschätzung mit dem Hinweis, dass die bisherigen Planungen fortgeführt werden sollten. Schließlich wurden Aspekte zur konkreten Organisation einer Weiterentwicklung zu Familienzentren sowie zur Bildung von Verbundlösungen ausgetauscht.

Der Vorsitzende griff den Vorschlag von Herrn Bolte auf und verwies darauf, dass die Verwaltung dem Träger der Kath. Kindertageseinrichtung St. Sebastian empfohlen hatte, sich im Verbund mit der städtischen Kindertageseinrichtung Sonnentau zu einem Familienzentrum „Amelsbüren“ weiterzuentwickeln. Inzwischen habe der Träger in einem Schreiben der Zentralrendantur Hiltrup vom 03.06.08 mitgeteilt, dass „...der Kirchenvorstand St. Sebastian in seiner Sitzung am 02.06.08 entschieden hat, die Verbundempfehlung der Vorlage aufzunehmen und mit der Stadt Münster in Verbundverhandlungen einzutreten“.

Unter der Voraussetzung, dass ein Familienzentrum in Amelsbüren nur als Verbund der Kindertageseinrichtungen St. Sebastian und Sonnentau ausgebaut wird, beschloss der Ausschuss einstimmig:

„I. Sachentscheidung:

1. Der Ausschuss stimmt zu, dass zum Kindergartenjahr 2008/2009 vorbehaltlich der Landesförderung weitere sieben Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren ausgebaut werden.
2. Er stimmt dem Vorschlag der Verwaltung zu, von den insgesamt neun eingegangenen Bewerbungen, folgende sieben Kindertageseinrichtungen zum Kindergartenjahr 2007/2008 auszuwählen:

Bezirk	Stadtteil	Kindertageseinrichtung	Träger
1. Mitte	Rumphorst	• Kita Rumphorst	Stadt Münster
2. West	Gievenbeck	• Kita Gescherweg mit der Verbundempfehlung Verbund Kita Am Gievenbach und Kita Legdenweg	Outlaw gGmbH Stadt Münster
3.	Roxel	• Anne-Jakobi-Haus	Christlicher Verein junger Menschen
4. Nord	Coerde	• Kita St. Norbert	Kath. Kirchengemeinde St. Norbert

- | | | | |
|----|-----------------|---|--|
| 5. | Ost Handorf | <ul style="list-style-type: none"> • Verbund Ev. Kita Kinderbrücke und Kath. Kita St. Petronilla und Kita Am Juffernbach | Ev. Kirchengemeinde Handorf
Kath. Kirchengemeinde St. Petronilla
Stadt Münster |
| 6. | Hiltrup Hiltrup | <ul style="list-style-type: none"> • Kita St. Clemens | Kath. Kirchengemeinde St. Clemens |
| 7. | Amelsbüren | <ul style="list-style-type: none"> • Kita St. Sebastian | Kath. Kirchengemeinde St. Sebastian |

3. Der Ausschuss nimmt weiterhin zur Kenntnis, dass in Münster in jährlichen Ausbaustufen bis zum Jahr 2012 insgesamt bis maximal 41 Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren ausgebaut werden können.

II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass vorbehaltlich der Landesförderung (12.000 € jährlich pro Familienzentrum) keine Kosten und Folgekosten für den kommunalen Haushalt entstehen.“

Der Vorsitzende unterbrach die Sitzung um 20:35 Uhr. Sie wurde um 20:45 Uhr fortgesetzt.

Punkt 15 der Tagesordnung V/0388/2008

Frühe Hilfen für Familien- Gesamtstädtisches Präventionskonzept

Der Vorsitzende gab einleitend einen Hinweis auf den ersten Sachstandsbericht zum Präventionsprojekt Coerde, der den Mitgliedern als Tischvorlage vorgelegt und den Fraktionen im Vorfeld der Sitzung zugeleitet wurde.

Frau Dr. Hanke betonte in ihrer Einführung zur Vorlage die Unterstützungsfunktion der Jugendämter und verwies auf die bereits verfügbaren Angebote in der Stadt Münster. Trotz dieses guten Netzes an Hilfs- und Unterstützungsangeboten seien aber noch weitere Maßnahmen möglich, die sie als Bausteine der Vorlage vorstellte. Sie vertrat die Auffassung, dass Eltern damit gut unterstützt würden.

Dies ergänzte Frau Pohl um einige Eckpunkte des Konzepts. So solle als Service den Eltern Hilfe und Beratung bei Besuchen angeboten werden. Es gehe nicht darum zu kontrollieren, sondern präventiv zu wirken. Schließlich informierte sie über die geplante Arbeit des neuen Präventionsteams, das seine Arbeit nach entsprechender Schulung am 01.08.2008 aufnehmen solle.

Während Herr Bolte das Konzept für die CDU-Fraktion ausdrücklich begrüßte, war Frau Möllers für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL damit nicht in der vorgelegten Form einverstanden. Sie hielt orientiert an dem Präventionsprojekt Coerde in jedem Sozialraum eine Koordinationsstelle, die Projekte, Unterstützungs-, Beratungs-, Fortbildungs- und Qualifizierungsangebote mit den Beteiligten vor Ort „von unten“ entwickeln könne, für erforderlich. Zudem forderte sie eine stärkere Verknüpfung mit den freien Trägern.

Frau Hakenes unterstützte dies für die SPD-Fraktion und stellte eine Enthaltung zum Beschlussvorschlag der Vorlage in Aussicht. Sie betonte wie Frau Möllers, dass sie die vorgelegten Ratsanträge der Fraktionen der SPD und der Bündnis 90/Die Grünen/GAL als nicht aufgegriffen ansehe. Beide forderten daher eine erneute Befassung des Ausschusses mit der Bearbeitung der Anträge.

In der weiteren intensiven Diskussion machte die Verwaltung noch einmal deutlich, dass mit dem vorgelegten Konzept ein erster Baustein auf dem Weg zu einem Frühwarnsystem initiiert worden sei und eine Weiterentwicklung folgen werde.

Zum Abschluss der Aussprache stellte der Vorsitzende fest, dass die Verwaltung dem Ausschuss zum Ende des Jahres 2008 Hinweise zur weiteren Bearbeitung der Anträge der Fraktionen vorlegen werde.

Frau Hakenes beantragte, über die Beschlusspunkte der Vorlage getrennt abzustimmen. Dem wurde gefolgt und der Vorsitzende stellte die Punkte einzeln zur Abstimmung.

Die Beschlusspunkte 1 und 2 der Vorlage nahm der Ausschuss einstimmig an.

Der Beschlusspunkt 3 der Vorlage wurde mit 8 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen ebenfalls angenommen.

Anschließend beschloss der Ausschuss einstimmig bei 6 Enthaltungen, dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags zu empfehlen:

„I. Sachentscheidung:

1. Der Rat beschließt die Einführung eines gesamtstädtischen Präventionskonzeptes ab dem 01.08.2008.
2. Für die notwendigen Sachkosten wird jährlich aus dem vorhandenen Budget eine Gesamtsumme von 90.000 € bereitgestellt. Entsprechende Personalkosten wurden bereits im Stellenplan in der Ratssitzung vom 12.03.2008 beschlossen.
3. Mit der Beschlussfassung zu dieser Vorlage sind die Anliegen folgender Anträge aufgegriffen worden:
 - Antrag der CDU vom 10.12.2007 ‚Kinderschutzarbeit als Präventionsaufgabe‘ (Anlage 3)
 - Antrag Bündnis 90/Die Grünen/GAL vom 18.12.2007 ‚Ein sicherer Start ins Kinderleben! Einführung eines flächendeckenden sozialen Frühwarnsystems und Früher Hilfen - jetzt!‘ (Anlage 5)
 - Antrag der SPD vom 30.01.2008 ‚Eltern stärken - Kinder schützen! Aktionsplan für einen besseren Schutz von Kindern in Münster‘. (Anlage 4)

II. Finanzierung/Mittelbereitstellung

Die o. g. Sachentscheidung ist wie folgt zu finanzieren:

Aufwendungen					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0604	Familienförderung			
Teilergebnisplan (Zeile)	15	Transferaufwendungen	2008	37.500	
			2009 ff.	90.000	

Die Sachkosten werden für Informationsmaterialien, Honorarkosten für Hebammen, Fahrtkosten etc. benötigt.“

**Punkt 16 der Tagesordnung
V/0389/2008**
**Familien stärken - Eltern im Fokus präventiver
Angebote**

Der Ausschuss beschloss einstimmig:

„I. Sachentscheidung:

1. Der anliegende Bericht wird zur Kenntnis genommen.
2. Für den Zeitraum von drei Jahren - beginnend zum 01.08.2008 - werden jährlich 59.460 € (Gesamtsumme für den Projektzeitraum: 178.380 €) aus der Produktgruppe Familienförderung für fünf im Bereich der Prävention angesiedelten Einzelfall-Projekte zur Verfügung gestellt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien zum Ablauf des dreijährigen Förderzeitraums über die Ergebnisse zu berichten.

II. Finanzierung/Mittelbereitstellung

Die o. g. Sachentscheidung ist wie folgt zu finanzieren:

Aufwendungen					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0604	Familienförderung			
Teilergebnisplan (Zeile)	15	Transferaufwendungen	2008	25.508,33	
			2009	60.120,00	
			2010	58.580,00	
			2011	34.171,67	
Insgesamt:				178.380,00“	

**Punkt 17 der Tagesordnung
V/0352/2008**
**Mittelverlagerung zwischen den Produktgruppen
0605 "Erzieherische und wirtschaftliche Hilfen für
Familien" und 0603 "Förderung von benachteiligten
jungen Menschen" im Rahmen der Abschluss-
arbeiten zur Umstellung auf das Neue Kommunale
Finanzmanagement**

Der Ausschuss beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags zu empfehlen:

„I. Sachentscheidung:

Der Leistung überplanmäßiger Aufwendungen in Höhe von 535.000 € bei der

Produktgruppe 0603 ‚Förderung von benachteiligten jungen Menschen‘,
Zeile 15 Transferaufwendungen,
Sachkonto 532300 Jugendhilfe in Einrichtungen,

zur haushaltstechnischen Verlagerung von Mitteln innerhalb des Produktbereichs 06 ‚Kinder-, Jugend- und Familienhilfe‘ wird gemäß § 83 Abs. 2 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW) zugestimmt.

II. Kosten/Folgekosten

Keine.

III. Finanzierung/Mittelbereitstellung

Deckung:

Sperrung in Höhe von 535.000 € bei der

Produktgruppe 0605 ‚Erzieherische und wirtschaftliche Hilfen für Familien‘,
Zeile 15 Transferaufwendungen,
Sachkonto 532300 Jugendhilfe in Einrichtungen.“

Punkt 18 der Tagesordnung

Verschiedenes

Es gab keine Wortmeldungen.

Ende der Sitzung: 21:50 Uhr

gez.

Josef Rickfelder
Vorsitz

gez.

Heinz Lembeck
Schriftführung